Die Handreichung der EKD »Klarheit und gute Nachbarschaft – Christen und Muslime in Deutschland« aus der Sicht einer deutsch-iranischen Dialogpartnerin

von Hamideh Mohagheghi

»Viele Menschen erwarten von der evangelischen Kirche Klärung und Orientierung«, schrieb Bischof Dr. Wolfgang Huber im Vorwort der Ende November 2006 veröffentlichten Handreichung der Evangelischen Kirche in Deutschland. Die Ausarbeitung sei »mit einem hohen Maß an Zielstrebigkeit, Umsicht und Sachkunde« vorbereitet, heißt es weiter im Vorwort. Zielstrebigkeit ist durchaus in der Handreichung festzustellen: Neben dienlichen Hinweisen für eine gelungene »gute Nachbarschaft« ist auf den ersten Seiten die Herausstellung und Hervorhebung des Christentums gegenüber dem Islam zu verzeichnen, Umsicht und Sachkunde allerdings sind nicht in allen Punkten zu finden.

Es ist legitim, wenn man die eigene Religion hochschätzt und für sich als den alleinigen Weg zur Glückseligkeit versteht. Mit einer guten Nachbarschaft nicht vereinbar ist es, wenn diese Einstellung den anderen herabwertet, die Ideale der eigenen Religion mit den Realitäten der anderen vergleicht und schlussfolgert, dass die eigene alle negativen Erscheinungsformen für alle Zeiten überwunden hat und nur noch gut ist. Eine Selbstausszeichnung, die bedauerlicherweise immer noch im interreligiösen Dialog zu finden ist und eine Hürde für konstruktive Selbstkritik und Anerkennung der Anderen darstellt.

In Begegnungen mit dem Islam ist stets festzustellen, dass die Muslime ständig aufgefordert werden, den Weg der »Aufklärung« zu gehen, und nicht selten wird ihnen nahe gelegt, dass der Islam in seinem Wesen nicht die Grundlage dafür bietet, und folglich verbleiben die Muslime auf der Ebene des siebten Jahrhunderts, solange sie sich nicht wesentlich von den islamischen »Vorschriften« befreien.

In der Handreichung der EKD sind einige Informationen über die Themen zu finden, die stets Gegenstand des Dialoges sind, umso erstaunlicher ist es, wenn sie unreflektiert wiedergegeben werden. Das gegenseitige Zuhören ist die Basis eines förderlichen Dialoges, der zur Überprüfung des eigenen Standpunktes und zur Akzeptanz des Dialogpartners in seinem Selbstverständnis führen sollte.

Es steht außer Frage, dass wir einen klaren und kritischen Dialog brauchen, der uns stärkt, in den eigenen Reihen für die Beseitigung der Makel und Ungerechtigkeiten zu sorgen. Hierfür ist eine Außenperspektive notwendig, die eine treibende Kraft sein kann. Für die Beseitigung der Verletzung der Menschenrechte und Missachtung des Grundgesetzes jedoch darf es keine Floskel geben, sondern deutliche und nachdrückliche Worte, basierend auf sachlichen und belegbaren Argumenten.

Die angesprochenen Themen in der Handreichung bedürfen einer sachlichen Klärung, die in der islamischen Theologie und Tradition des Propheten Muhammad (*Sunna*) eingebettet ist und nicht in der individuellen Lebensweise einiger Muslime. Wenn die Handreichung ihrem Ziel gerecht werden wollte, durch Informationen die Menschen näher zu einander zu bringen und eine gute »Nachbarschaft« zu ermöglichen, müsste die Angst vor der fremden »Nachbarschaft« durch sachdienliche Information genommen werden. Bedauerlicherweise wird jedoch durch die Art der Darstellung des Islam das Gegenteil erreicht, es wird Angst und Abneigung geschürt.

Die Religion spielt für eine beachtliche Zahl der Muslime im Alltagsleben eine große Rolle und ist äußerlich wahrnehmbar. Diese religiöse Lebensform hängt überwiegend davon ab, wie ihnen der Islam und seine Grundprinzipien vermittelt werden.

Diese gelebte Realität kann und muss man kritisch ansprechen und Änderungen einfordern, wo sie aus religiöser und gesellschaftlicher Sicht notwendig sind. Ein verzerrtes Bild darzubieten ist jedoch kein kritischer Dialog mehr.

Nachdem in der Einleitung der Handreichung die positiven Aspekte des Christentums und seine Vereinbarkeit mit den demokratischen und freiheitlichen Werten und seine Toleranz besonders hervorgehoben werden, beginnt ab Seite 18 größtenteils eine Gegenüberstellung zwischen Christentum und Islam, die an einigen Stellen für Irritation sorgt und sachlich mangelhaft ist.

An dieser Stelle möchte ich einige Punkte ansprechen:

1 »In theologischer Hinsicht hat bei dieser Begegnung besonderes Gewicht, dass beide Religionen, Christentum und Islam, auf die Ausbreitung ihres Glaubens an Gott bzw. Gottesverehrung in der ganzen Welt zielen. Die Mission gehört zum Wesen einer christlichen Kirche. Denn sie ist von Jesus Christus gesandt, »alle Völker zu Jüngern (Jesu Christi) zu machen« (Mt. 28,19). Ebenso ist der »Ruf zum Islam« untrennbar mit dem Selbstverständnis der muslimischen Gemeinschaft verbunden.« (Handreichung, S. 11)

Abgesehen davon, dass eine Darlegung fehlt, wie der Missionsauftrag mit dem Dialog tatsächlich in Einklang zu bringen ist, wird hier der Begriff Mission in einer Weise verwendet, als ob Christentum und Islam unter dem Missionsbegriff das Gleiche verstehen und auch methodisch und historisch den gleichen Weg gegangen sind. Während die christliche Position mit der Angabe der Quelle begründet wird, bleibt die Aussage im Zusammenhang mit dem Islam ohne Begründung.

Im Qur'an gibt es den Vers 125 in Sure 16, der als Gebot zur Einladung der anderen zum Islam verstanden werden kann: »Rufe zum Weg deines Schöpfers und Versorgers mit Weisheit und schöner Ermahnung, und führe mit ihnen Streitgespräche auf beste Art. Dein Schöpfer und Versorger weiß besser, wer von seinem Weg abirrt, und Er weiß besser, wer die sind, die der Rechtleitung folgten.« Dieser Vers gehört zu den Grundsatzversen des Qur'an. Darin ist zuerst die Art der Einladung festgelegt; nicht jedes Mittel ist recht und insbesondere militärische Mittel sind für diesen Zweck nicht einzusetzen. Der Hinweis, dass nur Gott weiß, wer von seinem Weg abirrt und wer seinem Weg folgt, ist eine klare Ermahnung, dass kein Mensch sich anmaßen kann und darf, über den Glauben der anderen zu urteilen, zu verfügen, oder gar sie unter Zwang zu bekehren. Diese klare Aussage im Qur'an beinhaltet, dass die Leitung der Menschen stets mit dem Willen Gottes geschehen kann: »[...] Und Gott führt, wen Er will, zu einem geraden Weg.« (Sure 2:213), wobei der Wille und die Bereitschaft des Menschen auch vorhanden sein müssen. »Und hätte Gott gewollt, Er hätte euch zu einer einzigen Gemeinschaft gemacht; jedoch Er lässt den irgehen, der es will, und führt den richtig, der es will, und ihr werdet gewiss zur Rechenschaft gezogen werden für das, was ihr tut.« (Qur'an, Sure 16:93)

Außer kleinen Gruppierungen, auch *da'wa* (Einladung)-Gruppen genannt, die sich seit einigen Jahren hier zur Aufgabe gemacht haben, die Muslime in ihrem Glauben zu festigen, kennt der Islam keine organisierte Einladung. Die Eroberungskriege der Muslime, insbesondere in den ersten Jahrzehnten nach dem Ableben des Propheten Muhammad, sind nicht *primär* zur Bekehrung der Menschen geführt worden. Durch die Expansionskriege und die darauf folgende Übernahme der Macht war die Stellung der Andersgläubigen abhängig vom jeweiligen Herrscher und der Art und Weise, wie diese seine Macht etablieren wollte. Die Andersgläubigen konnten ihre Religion frei ausüben. Waren sie mit den muslimischen Bürgern nicht gleichberechtigt, konvertierten sie aus wirtschaftlichen oder gesellschaftspolitischen Interessen oder auch aus Überzeugung zum Islam. Es ist eine historische Realität, dass einige Machthaber inhuman und grausam mit ihnen umgegangen sind. Die Frage innerhalb eines aktuellen kritischen Dialogs ist, in welcher Form der Islam diese historische Realität legitimiert und inwiefern machtpolitische Interessen Quelle dieser Untaten waren.

2 »Christen gehen auf Angehörige anderer Religionen zu und lassen sich von dieser Begegnung auch nicht durch das abhalten, was ihnen zunächst fremd und unverständlich scheint. Aufgrund ihres Auftrags, auch Muslimen zu bezeugen, dass sie Gottes geliebte Geschöpfe sind, werden sie sich für die Respektierung der muslimischen Gemeinschaft einsetzen« (Handreichung, S. 15). Diese »Anerkennung« wird durch die Aussage auf Seite 19 massiv relativiert, wenn nicht widerlegt: »Am rechten Glauben entscheidet sich nach Martin Luther geradezu, wer für die Menschen überhaupt ›Gott‹ heißen darf. [...] Ihr Herz werden Christen jedoch schwerlich an einen Gott hängen können, wie ihn der Koran beschreibt und wie ihn Muslime verehren.« Diese Aussage entzieht jede Grundlage für einen ernsthaften Dialog. Die Handreichung bleibt die Antwort auf die Frage schuldig, welches Bild die Christen von einem »muslimischen Gott« haben und aus welchem Grund sie diesen Gott dermaßen ablehnen. Es ist erschreckend zu lesen, in welcher Form sogar Gott instrumentalisiert wird, um die empfundene eigene Überlegenheit zu begründen.

3 Diese Darstellung geht weiter mit der Aussage der Handreichung auf Seite 19: »Es ist der evangelischen Kirche dringend daran gelegen, dass Christen und Muslime mit dem Namen Gottes Frieden verkündigen und die Gläubigen diese Verkündigung des Frieden Gottes mit einem entsprechenden Verhalten unterstreichen. Dies muss zur Geltung kommen trotz der im Koran neben gegenteiligen Aussagen zu findenden Aufrufe zu Kampf und Krieg und der im Namen des Islam geführten Anschläge und Angriffe.« An dieser Stelle wäre auch ein Vergleich mit Bibel und Christentum angebracht. Die Christen sind zwar der Meinung, dass die Bibel für sie nicht die gleiche Bedeutung wie der Qur`an für die Muslime hat und sie die wortwörtliche Lesart der Bibel längst überwunden haben, die Entwicklung und Verbreitung der Evangelikalen Bewegung spricht aber eine andere Sprache. Es ist fair und gehört zu den Voraussetzungen für einen Dialog, dass die Rand- und Problemgruppen der anderen nicht verallgemeinert und zugleich diese Gruppen aus den eigenen Reihen vergessen werden. Auch in der Bibel mangelt es nicht an Aufrufen zu Strafergericht und Krieg.

4 »Der freiheitliche Staat verlangt von Muslimen und ihren Organisationen nicht, dass sie sich wie die Kirche um eine überzeugende theologische Begründung der Vereinbarkeit ihrer Religion mit den Grundwerten der freiheitlichen Demokratie bemühen und diese öffentlich erklären. Es genügt die gelebte Rechtstreue der Religionsgemeinschaften in seinem Gebiet.« (Handreichung, S. 24)

Eine anmaßende Aussage, die die Unvereinbarkeit des Islam mit den Grundwerten der freiheitlichen Demokratie suggeriert. Die Muslime benötigen keine Sonderregelungen und

keine »Gnade vor Recht«, denn auch im Islam ist eine theologische Begründung dieser Werte möglich. Die christlichen Kirchen haben bekanntlich Jahrzehnte gebraucht, um eine adäquate Theologie zu entwickeln, sie befand sich sogar am Anfang in massivem Widerstand zu diesen Werten.

5 »Ob sich aus diesen Ansätzen eine Bejahung von Säkularität und pluralistischer Demokratie entwickeln kann, hängt nicht zuletzt davon ab, ob die islamische Vorstellung von der Unterwerfung des Menschen unter die Herrschaft Gottes mit demokratischen Prinzipien – vor allem dem Grundsatz der Souveränität des Volkes – zu vereinbaren ist« (Handreichung, S. 26).

»Unterwerfung des Menschen unter die Herrschaft Gottes« ist eine Begrifflichkeit, die in dieser Form kaum in der islamischen Literatur zu finden ist. Der Begriff Islam bedeutet »sich Gott hingeben«, das Wort Herrschaft ist nicht inbegriffen. *Hakim* (Herrscher) und *mugannin* (Gesetzgeber) gehörten nicht zu den bekannten Namen Gottes, weder im Qur`an noch in der Tradition. Die Hingabe zu Gott hebt die Verantwortlichkeit des Menschen für die Regelung seines Lebens nicht auf, im Gegenteil: er ist verpflichtet sein Leben als Individuum und als Teil der Gemeinschaft zu ordnen. Dafür benötigt er interaktive Zusammenarbeit mit anderen Gremien und Organen der jeweiligen Gesellschaft. Hier kennt der Islam keine Form, er gibt nur die Fundamente vor, auf denen eine Gemeinschaft aufgebaut sein soll: Gerechtigkeit und Frieden.

6 »Wer verfassungsfeindlich oder gesetzwidrig handelt – und sei es auch aus religiösen Gründen –, muss die dafür vorgesehenen staatlichen Sanktionen tragen. Für Christen gibt es in einer rechtsstaatlichen Demokratie keine Glaubensgründe für gemeinschaftsschädliches oder rechtswidriges Handeln« (Handreichung, S. 29). Auch für die Muslime gibt es keine religiösen Gründe, rechtswidrig zu handeln oder der Gemeinschaft zu schaden. Es gibt durchaus Glaubensgründe, die diejenigen warnen, die Unrecht und Schädliches tun; sie müssen mit weltlichen sowie jenseitigen Sanktionen rechnen: »Wehe denen, die Unrecht tun, vor der Pein eines schmerzhaften Tages!« (Qur`an, Sure 43:65)

7 Der Begriff *Schari'a* wird zwar auf den Seiten 32 und 33 der Handreichung zum Teil korrekt dargestellt, der Bezug darauf wird jedoch weiterhin undifferenziert und unreflektiert vorgenommen. Daher soll hier noch einmal der Begriff *Schari'a* erläutert werden, damit er nicht als Schreckgespenst dafür sorgt, dass die Muslime als unvernünftige und rückständige Menschen wahrgenommen werden. »Für jeden von euch haben Wir ein Gesetz (*scharan*) und einen Lebensweg (*minhadjan*) aufgezeigt. Und wenn Gott gewollt hätte, hätte Er euch zu einer einzigen Gemeinschaft gemacht. Doch Er wollte euch prüfen in dem, was Er euch gegeben hat. Darum wetteifert in guten Werken. Zu Gott werdet ihr alle zurückkehren. Dann wird Er euch Kunde geben davon, worüber ihr zu streiten pflegtet« (Qur`an, Sure 5:48).

Dieser Vers ist chronologisch der letzte Vers, in dem der Begriff Lebensweg (*schari'a*) vorkommt. Die Offenbarungszeit wird zwischen 631-632 n. Chr. festgelegt. In diesem Vers wird der Auftrag des Qur`an als Bestätigung für vorangegangene Offenbarungen betont. Der wichtige Aspekt in diesem Vers ist der Hinweis auf andere Gesetze und Lebenswege, die von Gott gewollt sind. Das Wort Gesetz (*scharan*) wird von Qur`an-Kommentatoren als Grundlage interpretiert, die Gott für alle Religionen bestimmt hat. Das Wort Lebensweg (*minhadj*) ist der spezielle Weg, der zeit- und gesellschaftsbedingt ist. Für ein Leben, das auf Gottes Offenbarungen gerichtet ist, sind gute Werke entscheidend; die Streitigkeiten darüber, wer den richtigen Weg und die alleinige Wahrheit besitzt, sind Hindernisse für die notwendige Koexistenz der Lebenswege. Allein Gott kennt die Wahrheit und wir haben durch unsere Religionen nur Zugang zu einem Teil dieser Wahrheit. Die islamische

Schari'a ist in Qur'an, Tradition und den Konsens der Gelehrten eingebettet. Die Vernunft ist der Wegweiser für Verständnis, zeitgemäße Interpretation und Anwendung aller drei Quellen.

Die islamische *Schari'a* ist in folgende Bereiche unterteilt:

- Die Wissenschaft des Glaubens (*ilm al aqida*): sie untersucht die Grundlagen des Glaubens wie z. B. die Einheit Gottes, Seine Namen und Attribute, die Offenbarungen, die Propheten und den Jüngsten Tag.
- Die Wissenschaft des Rechts (*usul al fiqh*): sie untersucht die Methoden und Prinzipien, die eine Ableitung des Rechts aus den Quellen ermöglicht, Regeln der Interpretation und Methoden der Rechtsfindung. Die Wissenschaft des Rechts beinhaltet zwei Bereiche: die rituellen Gottesdienste (*al ibadat*), die einen festgelegten und beständigen Teil bilden und die sozialen Angelegenheiten (*al mu'amalat*), die den Wandlungen und Änderungen der Zeit und den jeweiligen Gesellschaften unterliegen wie z. B. Handel, Heirat, Sitten und Strafrecht. Sie erfordern eine Reflektion über die Veränderungen in den Gesellschaften, die im Lichte der allgemeinen Prinzipien der *Schari'a* möglich sind.
- Wissenschaft des Verhaltens, islamische Ethik (*ilm al akhlaq*): sie untersucht und legt Regeln für das menschliche Verhalten gegenüber Gott, sich selbst, den Mitmenschen, der Gesellschaft und der Schöpfung fest.
- Erfahrungsbereich des spirituellen Weges (*tasawwuf*): dieser Bereich untersucht die Stufen des inneren Weges zu Gott.

Die *Schari'a* ist demnach der umfassende Lebensweg eines Muslims und ist für praktizierende Muslime verbindlich. Das bedeutet, dass es in grundlegenden Glaubensprinzipien, ethischen und gottesdienstlichen Handlungen feste Regeln gibt, im Bereich des Rechts ist eine Reflektion der realen Lebensbedingungen der Zeit notwendig, sie sind wandelbar. Das Strafrecht sowie Ehe- und Familienrecht können nicht als unabänderbare und überzeitliche Gesetze aufgefasst werden, die die Realitäten der Zeit unberücksichtigt lassen. Der Qur'an ist zu interpretieren und muss ausgelegt werden, dadurch verliert er nicht den Rang, den er als Offenbarungswort Gottes hat. Körperliche Strafen, Behandlung von religiösen Minderheiten und Frauenrechte, die in einigen muslimisch geprägten Ländern und manchen muslimischen Gruppierungen zu beanstanden sind, ergeben sich aus mangelhaften und zweckgebundenen Interpretationen, die sogar einem Grundprinzip des Qur'an zuwider sind, gemäß dem stets zum Nachdenken und Reflektieren aufgerufen wird.

8 In der Handreichung erwecken beim Kapitel 2.2.3 »Konfliktfelder« die Überschriften wie »Die Rolle der religiösen Minderheiten im Islam«, »Die Abkehr vom Islam«, »Die Stellung der Frau«, »Glaubenskampf und Haus des Islam« zuerst die Hoffnung, dass eine sachlich fundierte Herangehensweise an diese Schlagwortthemen auf Klärung zielt. Beim näheren Betrachten ist jedoch festzustellen, dass die Tradition der unsachlichen und tendenziösen Wahrnehmung fortgesetzt wird. Ein Beispiel ist der angeblich bekannte Ausspruch des Propheten Muhammad »Wer seine Religion wechselt, den tötet« (Handreichung, S. 37) Auch hier ist die Quelle nicht genannt; es bleibt dem Leser verborgen, welche Quellen die EKD für ihre »Kenntnisse« über den Islam verwendet. Die Quelle der Aussage »Nach der islamischen Tradition soll Muhammad selbst nach der Einnahme seiner Vaterstadt Mekka 631 n. Chr. Apostaten aufgrund ihres Glaubenswechsels getötet haben.« (Handreichung, S. 37), bleibt ebenso verborgen. In den islamischen Quellen ist vielmehr die Generalamnestie des Propheten Muhammad sogar für die *Mushrikun* (Polytheisten) bekannt, denen nach der Einnahme von Mekka ein neuer Anfang und eine neue Chance ermöglicht werden sollte. Muhammad ist nach der Einnahme der Stadt Mekka nur zur Pilgerfahrt dort gewesen und dann wieder nach Medina zurückgekehrt, wo er

ca. ein Jahr danach starb. Er erhob nicht einmal den Anspruch darauf, in seiner Geburtsstadt, aus der er vertrieben worden war, zu bleiben, obwohl er die Macht dazu gehabt hätte. Historisch und faktisch ist diese Darstellung der Handreichung, Muhammad hätte in den Tagen, als er zur Pilgerfahrt in Mekka war, die Apostaten getötet, falsch und der überlieferten Tradition des Propheten nicht entsprechend. Vielmehr bestätigt diese Darstellung diejenigen in ihrem verstellten Bild von Muhammad, die bisher keine Gelegenheit hatten, sich mit Hilfe von authentischen Quellen und kompetenten Muslimen entsprechend zu informieren.

9 Zum Bereich »Die Stellung der Frau« ab S. 39 der Handreichung ist einiges richtig zu stellen. Es wird wohlwollend auf Folgendes hingewiesen: »Allerdings ist in vielen Fällen der Islam mit der Tradition insofern eine ›unheilige‹ Allianz eingegangen, als zum Nachteil der Frauen reichende Traditionen mit dem Islam begründet bzw. religionsrechtlich verknüpft wurden und daher schwer reformierbar scheinen.« Tatsächlich hat die kulturelle Entwicklung in vielen muslimisch geprägten Gemeinschaften eine Vermischung von Tradition und islamischer Lehre entstehen lassen, die oft den Bezug auf den Qur'anischen Kontext erschwert und somit die Beseitigung traditionsbedingter Mängel verhindert. So basiert die Aussage auf S. 40 »So koppelt die Schari'a die Unterhaltungspflicht des Mannes an die Gehorsamspflicht der Frau« mehr auf der traditionsbezogenen Interpretation als auf authentischen Quellen. So gerne auch manche Männer diese Ankoppelung an den Islam sehen möchten, gibt es doch im Qur'an keine Grundlage für die Gehorsamspflicht der Frau. Sie ist in den von Männern dominierten Interpretationen und Überlieferungen zu finden, die als Produkt menschlicher Einbildungskraft in Frage gestellt werden können und müssen. Die Ableitung des Gehorsams der Frau aus dem Vers 34 in Sure 4 ist eine zweckgebundene Übersetzung des Wortes *qanitat*, während man den Vers aus der arabischen Sprache wie folgt übersetzen kann: »Männer stehen ein für die Frauen, aufgrund dessen, womit Gott die jeweils einen vor den jeweils anderen ausgezeichnet hat, und weil sie aus ihrem Vermögen ausgeben. Darum sind die loyalen Frauen (Gott gegenüber) ergeben [...]«. In den meisten Übersetzungen steht anstatt »Gott gegenüber ergeben« Gehorsam gegenüber dem Ehemann. Das Wort *qanitat* beschreibt ausschließlich die Ergebenheit und den Gehorsam gegenüber Gott und seinem Propheten und kann nicht für die zwischenmenschlichen Beziehungen (außer gegenüber Propheten) verwendet werden.

10 Die rechtlichen Ungleichheiten zwischen Mann und Frau im Qur'an (Erbrecht, Zeugenaussage und Polygamie) sind nur im historischen Kontext des 7. Jahrhunderts zu verstehen und nicht aus der Perspektive des Verständnisses der Gleichberechtigung in der Moderne. Durch die Verse im Qur'an haben die Frauen einen Rechtsstatus erlangt, über den sie bis dahin nicht verfügten.

Der Qur'an bietet die Grundlagen – der Mensch ist verpflichtet, durch Nachdenken und Betrachtung der realen zeitlichen und lokalen Situation die entsprechenden Gesetze und Regelungen zu erarbeiten.

11 Der Begriff *Dschihad* wird zwar auf S. 44 richtig übersetzt, aber nicht sachgemäß erklärt. »*Dschihad* ist gleichermaßen individuelle Glaubenspraxis und kriegerischer Kampf gegen die Ungläubigen, ein verdienstvolles Werk, für das die Aufnahme ins Paradies verheißen ist.« Eine kurzsichtige Formulierung, die eine Meinung von muslimischen Extremisten wiedergibt, die die Lehre des Islam für ihre machtpolitischen Interessen instrumentalisieren. Das Wort »Ungläubige« ist ein weiteres Gespensterwort, mit dem oft »Juden und Christen« assoziiert werden und somit ein Trugschluss nahe gelegt wird, der oft zu hören ist: für die Muslime ist das Bekämpfen und Töten der Ungläubigen ein verdienstvolles Werk, folglich müssen »Ungläubige« (also Juden und Christen) vor ihnen Angst haben.

Dschihad bedeutet im Qur'an nicht »gleichermaßen individuelle Glaubenspraxis und kriegerischen Kampf gegen die Ungläubigen.« In allen Stellen im Qur'an, in denen die Kampfhandlungen beschrieben sind, wird nicht das Wort *Dschihad* verwendet. Die Stellen über das Kämpfen beschreiben nicht irgendeinen beliebigen Kampf gegen »Ungläubige« oder Kampf zur zwangsweisen Übernahme des Glaubens. Die Verse über das Kämpfen sind immer an die Bedingung eines vorherigen physischen Angriffes geknüpft.

Dschihad ist vorwiegend nach innen gerichtet; während der äußere Kampf und die Bemühung, Gutes zu verwirklichen, als kleiner *Dschihad* bezeichnet wird, ist die Selbsterziehung der »größere *Dschihad*«. Es ist notwendig, an sich selbst zu arbeiten, um Verantwortungsbewusstsein und Weisheit zu entwickeln. Der Maßstab für den »kleinen *Dschihad*« ist im Qur'an ausschließlich mit Recht und Unrecht verbunden, der Glaube oder Unglaube der anderen ist nicht maßgeblich. Es ist zu empfehlen, alle Verse im Qur'an zum Thema Gewalt und Kampf im qur'anischen Kontext zu lesen, um Klarheit darüber erlangen zu können.

12 »Zwar fordert der Koran von der Frau ebenso wie vom Mann, ihren religiösen Pflichten im vollen Umfang nachzukommen; denn Gott wird Mann und Frau dafür gleichermaßen belohnen. Aber in der Praxis ist die Frau mancherlei Einschränkungen in ihrer Religionsausübung und der Abhängigkeit von ihrem Mann unterworfen: Am Freitagsgebet in der Moschee teilzunehmen, ist nur für Männer verpflichtend. Almosen sind ihr bei geringer Verfügung über eigene Mittel erschwert, und das Fasten wird ebenso wie die Pilgerfahrt nach Mekka durch ihre regelmäßige ›Unreinheit‹ unterbrochen oder unmöglich gemacht« (Handreichung, S. 53). Dies ist eine interessante Darstellung: Während die Gleichheit, die im Islam belegbar ist und von vielen Muslimen auch gelebt wird eher beiläufig Erwähnung findet, wird die »Ungleichheit« pointiert ohne weitere Erklärungen besonders hervorgehoben.

Das Freitagsgebet als nicht verpflichtend für die Frauen zu erklären, entspricht nicht der qur'anischen Aussage über das Freitagsgebet: »O ihr, die ihr glaubt, wenn am Freitag zum Gebet gerufen wird, dann eilt zum Gedenken Gottes und lasst das Kaufgeschäft ruhen. Das ist besser für euch, so ihr Bescheid wisst« (Qur'an, Sure 62:9, Übersetzung Adel Theodor Khoury). Der Qur'an selbst macht keinen Unterschied zwischen den Geschlechtern und ruft alle Gläubigen auf. Die Meinung, dass das Freitagsgebet für die Frauen keine Pflicht ist, entstand aus dem Gedanken, den Frauen den Gang zur Moschee zu ersparen, sollten ihre Lebensumstände dies nicht zulassen. Das ist eine Meinung, die aus den Lebenswirklichkeiten erschlossen wurde. Es ist zu erwähnen, dass der Gedanke, die Frauen aus der Öffentlichkeit auszuschließen bei manchen Gelehrten sicherlich eine Rolle spielte. Es gibt aber kein Verbot für die Teilnahme von Frauen am Gebet, sie haben die Möglichkeit zu entscheiden, ob sie daran teilnehmen wollen oder nicht. Wenn aber aus der Auslegung, dass das Freitagsgebet keine Pflicht für sie ist, ein Grund abgeleitet wird, sie daran zu hindern, widerspricht dies eindeutig der islamischen Lehre.

Wenn eine Frau die finanziellen Voraussetzungen für die Abgabe von »Almosen« hat, kann und darf sie der Ehemann in keiner Weise einschränken. »Mancherlei Einschränkungen in der Religionsausübung« darf es nicht geben. Auch eine konservative Denkweise schließt das Bestimmungsrecht des Mannes im Bereich der Religionsausübung der Frau aus. Die Aussetzung religiöser Pflichten wie z. B. des Fastens oder des rituellen Gebets während der Menstruation ist eine Erleichterung für die Frauen in der Zeit der Menstruation. »Regelmäßige Unreinheit« ist eine verzerrende Formulierung.

»Zur Stellung des Mannes gehört nach muslimischer Überlieferung auch sein Züchtigungsrecht gegenüber der Frau im Falle ihres Ungehorsames« (Handreichung, S. 53) Der Be-

griff Züchtigungsrecht wird hier ausschließlich so verstanden, dass der Qur`an dieses Recht dem Mann zuschreibt. Sehen wir einmal davon ab, dass Männer, die ihre Frauen züchtigen bzw. schlagen, dafür keine qur`anische Legitimation benötigen (die Mehrheit der Männer, die in dieser Gesellschaft Frauen schlagen, sind nicht Muslime), ist doch die Übersetzung des Verses 34 in Sure 4 seit langem ein Diskussionsthema unter den Muslimen – siehe schon oben Punkt 9. Während immer mehr Muslime und Gelehrte die Meinung vertreten, dass die Übersetzung des Wortes *daraba* als »Schlagen« im qur`anischen Kontext schlicht falsch ist, verwendet die EKD die alte und falsche Übersetzung ohne die Beachtung und Erwähnung der innermuslimischen Diskussion, der entsprechend das Wort *daraba* im Vers 34 Sure 4 mit »trennt euch von ihnen« zu übersetzen ist. Wenn Konflikte in der Ehe auftreten, sollte zuerst versucht werden, diese in Gesprächen zu klären. Erweist sich dieser Weg als nicht geeignet, sollten die Ehepartner sich für eine bestimmte Zeit trennen, um zur Besinnung und Versöhnung zu kommen. Falls diese Zeit keine Änderung mit sich bringt, ist als letzter Ausweg die Trennung möglich. Der Vers 34 in Sure 4 ist im Rahmen des Eheverständnisses im Islam nur so zu übersetzen.

Im qur`anischen Kontext sind Mann und Frau wie ein Gewand für einander (Qur`an, Sure 2:187), um sich gegenseitig Wärme, Schutz und Geborgenheit zu bieten. Der Grundsatzvers im Qur`an ist der Vers 21 in Sure 30: »Und es gehört zu Seinen Zeichen, dass Er euch aus euch selbst Partnerwesen erschaffen hat, damit ihr bei ihnen wohnt. Und Er hat Liebe und Barmherzigkeit zwischen euch gesetzt. Darin sind Zeichen für Leute, die nachdenken.« Wärme, Schutz, Geborgenheit, Liebe, Barmherzigkeit, das alles verbunden mit Nachdenken! In diesem Kontext eine »maßvolle Züchtigung« (Handreichung, S. 53), ein Züchtigungsrecht und die Verniedlichung der Gewalt (leichter Schlag) mit der islamischen Lehre legitimieren zu wollen, anstatt wie in allen anderen Gesellschaften auch die menschlichen Unzulänglichkeiten und Fehlhandlungen als Ursache zu sehen, zeugt von fataler Einseitigkeit in der Kenntnis oder Darstellung der Diskussion um die angemessene Interpretation von Sure 4:34. Gewalt, in welcher Form auch immer, insbesondere aber in der Ehe, die einen geschützten Raum für die Menschen und die heranwachsenden Generationen bieten sollte, ist ein Verbrechen, das entschieden bekämpft werden muss.

13 »Bei der islamischen Eheschließung selbst wird nicht um den Segen Gottes gebeten. Sie ist keine geistliche Handlung, sondern ein zivilrechtlicher Vertragsabschluss, der mit der Regelung der »Abendgabe«, dem zweiten Teil der Brautgabe, schon ganz konkret die Möglichkeit der Scheidung einrechnet. [...] Bei der islamischen Eheschließung entfällt damit auch im Unterschied zur christlichen Trauhandlung das Versprechen der lebenslangen, ausschließlichen Bindung an den Ehepartner und die Zusicherung, gerade auch »in bösen Tagen« für den Ehepartner zu sorgen. Kommen dann wirklich »böse Tage« – unheilbare Krankheiten, Gefängnisstrafe, Impotenz, Kinderlosigkeit oder anderes –, sind dies nach islamischem Recht allgemein anerkannte Scheidungsgründe für Mann und Frau« (Handreichung, S. 56).

Dies ist eine mysteriöse Beschreibung der islamischen Ehe. Im Qur`an ist an einer Stelle in diesem Zusammenhang der Begriff *sadaq`atun nahl* zu lesen, der »wahrhaftige und freiwillige Besenkung« bedeutet: »Und gebt den Frauen ihre »*sadaq`atun nahl*« (Morgengabe, wie sie üblich übersetzt wird). Wenn sie euch freiwillig etwas davon überlassen, so könnt ihr es verbrauchen, und es wird euch zur Freude und zum Wohl sein« (Qur`an, Sure 4:4). Die Regelung der »Morgengabe« ist für die Versorgung der Frau im Falle einer Scheidung oder des Todes des Ehemannes vorgesehen, und nicht ein Abzielen auf Scheidung bereits bei der Eheschließung, wie in der Handreichung definiert wird. Die Frau kann entscheiden, sie anzunehmen oder auch nicht. In jedem Fall ist diese Gabe eine

Schuld gegenüber der Frau; wenn der Mann stirbt, gehört die Morgengabe nicht zum Nachlass, sondern bleibt Eigentum der Frau, über das sie frei verfügen kann. Dies ist eine Regelung, die zahlreichen Frauen in den verschiedenen Gesellschaften zu Gute kommt, die eine finanzielle Versorgung benötigen.

Auch die Aussage, dass bei der islamischen Eheschließung nicht um den Segen Gottes gebeten und suggeriert wird, aus diesem Grund sei die Ehe im Islam eine gewissenlos gehandhabte fragile Vereinbarung, die man leichtfertig kündigen kann, ist eine ungeheure Unterstellung. Es ist richtig, dass die Ehe im Islam einen zivilrechtlichen Charakter hat und die Einwilligung beider Vertragspartner, Mann und Frau, benötigt. Sie wird in den muslimisch geprägten Ländern überwiegend in standesamtlichem und religiösem Sinne von einer Person durchgeführt, die ein Geistlicher sein kann, aber nicht muss. Die Lesung des Qur'an und Bittgebete für Harmonie und Glück gehören zur Heiratszeremonie, wenn die Beteiligten es wünschen. Die Verantwortung für einander, die zugleich eine Verantwortung vor Gott ist, sowie die rechtlichen Regelungen sind von entscheidender Bedeutung für eine islamische Ehe. Scheidung ist im Islam nicht das Ziel bei der Eheschließung, sie bleibt eine »unschöne Lösung« und letzter Ausweg, wenn die Ehe im gegenseitigen Einvernehmen nicht mehr weiter geführt werden kann.

Ausblick

Die Handreichung der EKD beinhaltet einige praktische Schritte, die für die »interreligiöse Zusammenarbeit« gute Anregungen bieten. Diese sollten als Wegweiser für unser Zusammenleben beachtet und umgesetzt werden. Dieselbe Handreichung im Hinblick auf die Entwicklung einer guten Nachbarschaft zu verstehen, ist aufgrund der erwähnten Problempunkte schwierig. Trotzdem ist das Angebot der EKD »Die Muslime können in der evangelischen Kirche eine Partnerin sehen, die ihnen nach bestem Wissen und Gewissen gerecht zu werden versucht und für ihre Achtung und Anerkennung eintritt« zu begrüßen, um gemeinsam für die Belange der Menschen in der Gesellschaft einzutreten. Eine gute Nachbarschaft besteht zwischen vielen Christen und Muslimen in Deutschland schon seit Jahren, leider haben dies einige noch nicht erkannt.

Unser Zusammenleben in dieser Gesellschaft bedarf einer Korrelation, in der ein ernsthafter Austausch und ehrliches Interesse notwendig sind, um den anderen kennen lernen und anerkennen zu können. Zum gegenseitigen Kennenlernen und Anerkennen zwischen Christen und Muslime gehören vier elementare Voraussetzungen:

- Zuhören in dem Sinne, dass man sich beim Hören von den Vorurteilen und festgefahre-
nen Meinungen und Bildern von einander befreit.
- Die positiven Entwicklungen der anderen wahrnehmen, schätzen und unterstützen.
- Die eigenen Versäumnisse und Unzulänglichkeiten nicht mit der Betonung und Verall-
gemeinerung der Untaten von Randgruppen der anderen überdecken.
- Und schließlich: Bereitschaft zeigen, von den Schätzen und Weisheiten des anderen
zu profitieren und gemeinsam für die universellen menschlichen Rechte und Werte ein-
zutreten.

Zusammenfassung

Mit einer guten Nachbarschaft ist nicht vereinbar, wenn die Einstellungen des anderen abgewertet werden und wenn zudem durch die Art der Darstellung erreicht wird, dass Angst und Abneigung insgesamt zunehmen. Das geschieht tendenziell im Papier der EKD »Klarheit und gute Nachbarschaft«. Darin werden z. B. Randgruppen verallgemeinert, »Gespensterworte« breit ausgeschlachtet oder Ungleichheiten pointiert herausgehoben. Zudem findet sich beispielsweise eine mysteriöse Beschreibung der islamischen Ehe.

Summary

It is not in keeping with good neighborly relations if the opinions of the other are debased and if, in addition, the way of portraying these opinions results in an increase in fear and aversion on the whole. This tendency is present in the paper of the Protestant Church in Germany entitled »Clarity and Good Neighborly Relations«. In this paper fringe groups, for example, are generalized, »scary words« are broadly exploited, and dissimilarities pointedly stressed. In addition there is, for example, a mysterious description of Islamic marriage.

Sumario

No es conciliable con una buena vecindad la minusvaloración de las posiciones de los demás ni la presentación tendenciosa de las mismas de forma que fomenten el miedo y el rechazo. Pero esto es precisamente lo que sucede en el documento de la EKD »Klarheit und gute Nachbarschaft«. En él se habla, por ejemplo, de forma generalizada de »grupos marginales«, se citan con profusión »conceptos fantasmagóricos« o se resaltan las inigualdades. Además, el documento contiene una descripción misteriosa del matrimonio musulmán.